

# Mittelsächsische LinksWorte

23. März 2016

Nr. 103

10. Jahrgang



Seit Herbst des vergangenen Jahres ist Volker Holuscha mit dem Parteibuch der LINKEN Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha. Wir hatten in unserer Juli-Ausgabe des vergangenen Jahres ausführlich über seinen Triumph im 2. Wahlgang berichtet. Die oft bemühten ersten 100 Tage im Amt sind längst absolviert. Und er hat auch schon Zeichen in der Kommunalpolitik in Flöha gesetzt.

Die mittelsächsischen LinksWorte haben Volker Holuscha im Rathaus von Flöha besucht und sich mit ihm über seinen „scharfen Start“ als Oberbürgermeister unterhalten.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

### 1. Im Blickpunkt:

Ein „Tag der neuen Mitglieder“ der LINKEN in Dresden

### 2. Umfassend analysiert:

Der Entwurf eines regionalen Windenergiekonzeptes

### 3. Ehrliche Anerkennung:

Bürgerinitiative in Wiederau sorgt sich um „ihre“ Flüchtlinge

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & internationaler frauentag in freiberg
4	<b>titelthema 1: „tag der neuen mitglieder“ in dresden</b>
5	vorgestellt: der linke oberbürgermeister von flöha
6/7	<b>titelthema 2: die linksfraktion berichtet</b>
8	<b>titelthema 3: flüchtlinge in wiederau</b>
9	aktuelle berichte und informationen
10	serie zur politischen bildung: beitrags- & bewertung der vereinigung von kpd und spd zur sed vor 70 jahren
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 20. April 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 13. April. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

**Postanschrift der Redaktion:**  
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Lange Straße 34  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

**Layout, Satz und Fotos:** A•Bi•Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b  
09557 Flöha/OT Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

**aus der redaktion**

Liebe Leserinnen und Leser,

der Start in das Frühlingsquartal ist vollzogen. Und er begann mit einem Paukenschlag, wenn man sich die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vor Augen und Ohren führt. Die Ergebnisse des Wahlsonntags, die das politische Deutschland gravierend verändern dürfte, kam zeitlich gerade noch recht, um in unserer heutigen Ausgabe Aufnahme zu finden. Unsere Redaktionsmitglieder Marika Tändler-Walenta (mit ihrem Beitrag auf Seite -) und Michael Matthes (in seiner nebenstehenden Kolumne) gehen darauf ein. Geprägt werden die erschütternden Wahlergebnisse von der Asyl- und Flüchtlingsproblematik, die unser Volk spaltet wie kaum ein anderes politisches Ereignis zuvor. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Landkreis Mittelsachsen durch die traurigen Ereignisse des „Empfangs“ von Flüchtlingen in Claußnitz weit über die Grenzen Sachsens hinaus in Verruf geriet.

In unserer Februar-Ausgabe veröffentlichen wir einen ausführlichen Bericht unserer Genossin Helga Steinert aus Königshain-Wiederau. Dort hat sich inzwischen - was die Betreuung der Flüchtlinge betrifft - einiges ereignet. Was genau, kann man auf Seite -8- nachlesen.

Unser erstes Titelthema widmet sich dem „Tag der neuen Mitglieder“, welcher am 27. Februar vom Landesvorstand in Dresden organisiert wurde. Dabei waren auch Mitglieder aus dem Kreisverband Mittelsachsen, welche sich mit ihren Eindrücken zu Wort melden.

Seit mehr als einem halben Jahr ist Volker Holuscha, der Oberbürgermeister der LINKEN in Flöha, nun im Amt. Für die LinksWorte war das Anlass, mit ihm über seinen Start zu sprechen.

Am 17. Februar fand eine öffentliche Sitzung der Kreistagsfraktion der LINKEN zu einem neuen Wadenergiekonzept statt. Den Bericht dazu finden unsere Leserinnen und Leser auf den Seiten -6- und -7-. Außerdem gibt es dort Informationen zu den Ergebnissen der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka bringen wir einen Bericht über das Ringen um eine Erhöhung der Aufkaufpreise für Milch und ihre Aktivitäten anlässlich des Internationalen Frauentages. Der bereits achte Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information widmet sich einem Jahrestag: Vor 70 Jahren wurde die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollzogen.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

**längst überfällig - ein senioren-mitwirkungsgesetz für sachsen!**

von Ruth Fritzsche

Unsere Landtagsfraktion bemüht sich intensiv darum, die Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen gesetzlich zu verankern. Ausgangspunkt war für die Fraktion, dass es im Jahre 2006 der Regierungskoalition von PDS und SPD in Berlin gelungen ist, ein solches Gesetz in das Abgeordnetenhaus einzubringen, das wenige Monate später beschlossen wurde und in diesem Jahr sein zehnjähriges erfolgreiches Wirken feiert. Analog brachte unsere Fraktion den Entwurf eines solches Gesetzes am 04. Juli 2007 in den Landtag ein, nachdem es mit vielen Seniorenverbänden und den DGB-Senioren beraten wurde und es außerhalb des Landtages eine große Zustimmung hierfür gab. Dieser Gesetzesentwurf hat den Sozialausschuss nicht überstanden. Er wurde dem Parteigoismus geopfert.

Inzwischen sind nun einige Jahre ins Land gegangen und jetzt hat die Seniorenorganisation des DGB die Initiative ergriffen und einen neuen Entwurf erarbeitet, den sie unserer Landtagsfraktion zugeleitet und den unsere Fraktion aufgegriffen hat. Am 24.02.2016 fand dazu ein Fachgespräch statt, auf der u.a. vor allem aber der Vertreter des DGB auf die Wichtigkeit eines solchen Gesetzes verwies. Wie im Jahre 2006/2007 hat sich im Hinblick auf die Interessenvertretung der Senioren nichts geändert. Der wesentliche Inhalt dieses Gesetzesentwurfes ist deshalb, dass eine gesetzliche Regelung für die Bildung von Seniorenvertretungen auf kommunaler und Landesebene zu erfolgen hat. Bis jetzt ist es nur eine Kannbestimmung, ob ein Kreis oder eine Stadt- oder Gemeindeverwaltung eine Seniorenvertretung z.B. in Form eines Beirates wählt oder bestimmt. Nimmt man den Kreis Mittelsachsen dafür als Beispiel, da ist festzustellen, dass es nicht einmal einen Sozialausschuss, geschweige denn einen Kreissenorenbeirat gibt. Und was die Städte unseres Kreises anbelangt, so gibt es lediglich in der Stadt Freiberg einen Senioren- und Behindertenbeirat und einen weiteren Seniorenbeirat in der Stadt Rochlitz, der auf Initiative der Fraktion der Linken gebildet wurde. Man sieht also, es gibt noch viel zu tun. Die Fürsprecher dieses Gesetzes haben beim Fachgespräch gerade auf dieses Problem hingewiesen und zum Ausdruck gebracht: Solange die Bildung von Seniorenbeiräten oder Seniorenvertretungen z.B. in den Landkreisen eine Kannbestimmung für die kommunalen Vertretungen bleibt, fehlt einer solch großen Menschengruppe wie die der SeniorInnen, die über viel Lebenserfahrungen verfügen, das Recht, eine Interessenvertretung zu haben, welche sie selbst bestimmt.

Nach der Anhörung im Sozialausschuss, der ursprünglich am 29.02.2016 stattfinden sollte und etwas verschoben wurde, sollte nun endgültig über alle Parteigrenzen hinweg, dieses wichtige Gesetz zur Mitwirkung und Mitbestimmung der SeniorInnen im Landtag beschlossen werden. Unsere Ortsvorstände sollten vor allem in ihrem Wirkungsbereich auf die Bildung von Seniorenvertretungen in ihren Kommunen drängen.

jeder tag ein frauentag - ortsverband und jana pinka gratulieren

unser Redaktionsmitglied Kerstin Ufer berichtet in Wort und Bild

**auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
unser monatlicher  
aktueller meinungsbeitrag**

**H**in und wieder hat man Anlass, darüber nachzudenken, wie Herr und Frau Deutscher-Michel so tickt. Gestern am Wahlsonntag war wieder eine solche Gelegenheit. Vor einiger Zeit stand die Frau Bundeskanzlerin den Bürgerinnen und Bürgern, vertreten durch Anne Will Rede und Antwort. Zwischen beiden Ereignissen besteht ein Zusammenhang.

Angela Merkels „Umfragewerte“ waren zuvor „in den Keller gegangen“. Man mag zu Umfragen stehen, wie man will. Jedoch, es gibt keine Alternative. Im Interview sagt die Bundeskanzlerin, sie sei davon gelenkt, die EU zusammenzuhalten, und sie sagt, die Flüchtlinge betreten an den Außengrenzen europäischen Boden, demzufolge sei dort über Aufnahme oder Abweisung zu entscheiden. Und wenn dies nicht funktioniert, weil Leute wie Orban, die Menschen, darunter Frauen und Kinder unmenschlich behandeln, dann muss man diesen Menschen in ihrer Not helfen, auch wenn es unbequem wird. Irgendwo mittendrin sagt die Bundeskanzlerin, sie sei davon überzeugt, dass sie das Richtige tue. Davon werde sie nicht ablassen, nur weil es schwierig ist und zu lange dauert. Und siehe da – Frau und Herr Deutscher-Michel erklären sich mit der Bundeskanzlerin einverstanden. Die Umfragewerte steigen.

Gestern im Wahlstudio fanden sich – wie immer – nur Wahlgewinner ein, die Herr und Frau Deutscher-Michel nur nicht richtig verstanden hatte. An Erbärmlichkeiten waren einige nicht zu übertreffen. Wenn man sich in Herrn und Frau Deutscher-Michel die Überzeugungen, Ansichten und Vorstellungen der Leute in den drei Bindestrich-Ländern gebündelt vorstellt, handelt das fiktive Ehepaar mit nachvollziehbarem, gesundem Menschenverstand. Wenn die Leute meinen, es gäbe etwas zu wählen, gehen sie wählen. Dass die wählbare Alternative „Alternative für Deutschland“ heißt, erklärt der befragte Wähler damit, dass er Denkart aussteilen möchte. Wenn dies die Damen und Herren von CDU, SPD, Grünen und auch DerLinken nicht als Aufforderung zum Handeln verstehen, geben sie der AfD die Möglichkeit, diese Wählerinnen und Wähler dauerhaft zu binden.

In B-W erhält „Kretzschke“ per Wahl eine überzeugende Zustimmungsrate, und dies trotz der Tatsache, dass er als Grüner die Bürger über den Stuttgarter Bahnhof entscheiden ließ und dass er, als sie nicht grün votierten, den Bahnhof auch als grüner Ministerpräsident weiterbauen ließ. Einen richtigen Kerl in der Staatskanzlei akzeptiert man, wenn er die Aufträge des Wählers ausführt.

Die Schilderung ließe sich fortsetzen. Immer käme heraus, Herr und Frau Deutscher-Michel lassen sich nicht für dumm verkaufen. Man sollte es nicht versuchen, sonst erhält man eine bittere Lehre. (mm)

**A**nlässlich des Internationalen Frauentages lud der Freiburger Ortsverband der Linken traditionell zu einer kleinen Feier ins Hotel „Regenbogenhaus“ ein. In diesem Jahr eröffnete Achim Grunke die Veranstaltung mit einer kurzweiligen Rede zur Geschichte des Internationalen Frauentages. Dabei erörterte er, dass der Kampf um die Rechte der Frauen im 18. und 19. Jahrhundert mit der fortschreitenden Industrialisierung begann. Als Protagonistinnen der Frauenbewegung gingen unter anderem Clara Zetkin und Rosa Luxemburg in die Geschichte ein. Auf Initiative Clara Zetkins wurde im Jahr 1911 der Internationale Frauentag ins Leben gerufen. Und doch mussten noch sieben Jahre vergehen, bis in der Weimarer Verfassung das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Erst 1948 wurden dann die Frauenrechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben, die allerdings bis heute nicht von allen Ländern anerkannt werden. Und gerade deshalb ist es heute wichtiger denn je, weltweit um die Rechte der Frauen, gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung zu kämpfen.

Im Anschluss hatten die Frauen Gelegenheit sich bei Kaffee, Kuchen und interessanten Gesprächen auszutauschen. Besonders freuten sich die Gäste, dass erstmalig eine syrische Asylbewerberin der Einladung gefolgt war.

Bereits am Vormittag des 8. März gratulierte unsere Jana Pinka bei einem Rundgang in der Freiburger Altstadt Passantinnen, Verkäuferinnen und den Frauen im Theater mit einem kleinen

Blumengruß zum Internationalen Frauentag. Im Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft (BSW) besuchte sie Lehrerin Heidi Hinkel und junge Frauen aus Eritrea und Syrien im Deutschkurs sowie die Frauen, die beim BSW eine Umschulung absolvieren. Alle berichteten über ihre gegenwärtigen Lebenssituationen, ihre Wünsche und Ziele, aber auch über ihre Ängste. „Nicht nur am 8. März, sondern an jedem Tag muss Frauentag sein. Gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit, ist es unerlässlich, mehr denn je darauf

aufmerksam zu machen, dass die Rechte der Frauen in unserem Land und weltweit endlich

umgesetzt werden. Noch immer ist es auch bei uns Realität, dass Frauen und Mädchen weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, dass Männer bei der Arbeitsplatzvergabe bevorzugt werden und dass häusliche Gewalt in vielen Familien auf der Tagesordnung steht. Schwierig ist auch die Lage vieler alleinerziehender Mütter und vieler Familien, die in prekären Verhältnissen leben. Sie müssen Familie und Beruf tagtäglich in Einklang bringen und jeden Euro zweimal umdrehen, weil entweder nur ein Familienmitglied Arbeit hat oder der Verdienst so gering ist, dass zusätzlich Sozialleistungen beantragt werden müssen“, erklärt Jana Pinka.



**Oberes Foto:** Zur traditionellen Frauentagsfeier im Hotel Regenbogenhaus begrüßten die OrganisatorInnen des Freiburger Ortsverbandes der LINKEN auch MdL Jana Pinka, Hannelore Lohse und eine syrische Asylbewerberin.

**Unteres Foto:** Im Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft (BSW) gratulierte Jana Pinka Sarah, Hieuet und Maha im Deutsch-Einstiegskurs bei Lehrerin Heidi Hinkel. Die jungen Frauen kommen aus Eritrea bzw. Syrien und lernen gemeinsam mit ihren männlichen Mitschülern seit Januar die deutsche Sprache und ihre neue Heimat kennen.

## landesvorstand gestaltet „tag der neuen mitglieder“ - linke aus mittelsachsen waren dabei

Endlich, endlich weht frischer Wind durch den Landesverband. Eingeladen waren die Mitglieder der LINKEN, die in den vergangenen fünf Jahren ihre Mitgliedskarte erhalten hatten, sowie die Landesweiten Zusammenschlüsse. Konzeptionell war eine dreigeteilte Veranstaltung geplant: Ein Treffen des aktiven, zumeist ehrenamtlich in den Landesweiten Zusammenschlüssen tätigen Teils der Mitgliedschaft mit den neuen Mitgliedern, ein Erfahrungsaustausch der neuen Mitglieder untereinander und ein Koordinierungstreffen der Landesweiten Zusammenschlüsse. Die Form der Durchführung erfrischend neuartig. Schwer zu schildern für diejenigen, die nicht dabei waren. Man kam ohne Referate und ohne langatmige Erörterung miteinander ins Gespräch, „animiert“ durch die veranstaltenden jungen Leute. Jedenfalls eine interessante und erfolgreiche Form der politischen Meinungsbildung, der Koordinierung und der Herstellung von Kontakten untereinander. Die drei folgenden Beiträge spiegeln dies wider. Man darf auf Fortsetzungen gespannt sein.

von unserem Redaktionsmitglied  
Reik Kneisel

**A**m 27. Februar lud der Landesvorstand zum Tag der neuen Mitglieder ein. Es sollte ein Tag werden, an dem sich die Partei seinen Neumitgliedern vorstellt, die insgesamt in den letzten fünf Jahren den Weg in die Partei fanden. Aus dem Ortsverband Freiberg waren auch einige junge Genossen dabei.

Es begann mit einer kurzen Vorstellung der Moderator\*innen, danach folgt die erste Runde. Weil zeitgleich der Tag der landesweiten Zusammenschlüsse stattfand, verband man die beiden Ergebnisse miteinander, um den neuen Mitgliedern einen möglichst guten Überblick über die parteiliche Arbeit zu geben. Alle Teilnehmer\*innen waren aufgerufen, sich bei den Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) einzufinden und eventuell Fragen zu stellen. Vorab sollten sich die Vertreter\*innen kurz selbst darstellen. Es konnten viele Kontakte zwischen „frischen“ Genoss\*innen und den LAGs entstehen.

Im zweiten Teil wurden die Mitglieder befragt. Die Fragen zielten darauf ab, herauszufinden, was Beweggründe für einen Parteieintritt sein könnten, außerdem aber, was zum Beispiel Vorstellungen über die Partei waren und was vor Ort vorgefunden wurde.

Im letzten Abschnitt konnten interessierte Genoss\*innen Fragen an drei Abgeordnete des sächsischen Landtages stellen. Zu Gast waren Marion Junge, Luise Neuhaus-Wartenberg sowie Klaus Tischendorf.

Alles in allem, war die Beteiligung an diesem Tag groß. Nach Angaben der Moderator\*innen wurden nicht so viele Leute erwartet, wie tatsächlich anwesend waren. Das Al-

ter der Teilnehmer war bunt gemischt.

Die Veranstaltung wurde sehr begrüßt, die Mitglieder des Landesvorstandes wollen an ihrer Idee festhalten und regelmäßig Treffen dieser Art anbieten, um den Einstieg in die Partei zu erleichtern. Überschneidungen und die Übereinkunft, dass man den Kontakt zwischen linksjugend [solid] Freiberg und der Basisgruppe Bobritzschtal aufrechterhält und weiter gemeinsame Treffen vorsieht.



Blick in den Veranstaltungsraum im Dresdener Gewerkschaftshaus. Im Vordergrund links mit hellem Pullover unser Autor **Thomas Zahn**.

Foto: R. Wünsche

von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Matthes

**M**an kann Reik Kneisel nur zustimmen: Eine gelungene Veranstaltung! Trotz der Tatsache, dass es noch Einiges zu verbessern und zu optimieren gilt, darf man die „Veranstalter“ beglückwünschen. Stellvertretend möchte ich **Jenny Mittrach**, **Claudia Jobst** und **Lars Kleba** nennen. Wer sie kennt, wird bestätigen: Das ist die junge Garde der Partei.

Das Veranstaltungskonzept passte hervorragend. Wer die bisher üblichen trögen Veranstaltungen mit den vorgestanzten Referaten und den immer wieder gleichen Diskussionsrednern über sich ergehen lassen musste, empfand den Unterschied wohlthuend. Man wünscht sich die Wiederholung geradezu.

Ich vertrat dort den Liebknechtkreis Sachsen im Rahmen der Landesweiten Zusammenschlüsse (LWZ). Selbstkritisch muss ich sagen, wir hatten die Vorbereitung regelrecht verschlafen. So stand ich allein auf weiter Flur und unzulänglich ausgestattet mit Informationsmaterial. An viereckigen Runden Tischen waren jeweils zwei LWZ platziert. In meinem Fall saß ich gemeinsam mit Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bedingungsloses Grundeinkommen an einem Tisch und damit auf verlorenen Posten. Über die Gründung des Liebknecht-Kreises Mittelsachsen informiert Reik auf Seite -8-, in unserer April-Ausgabe werden wir uns ausführlicher zu unserem Anliegen äußern.

von Thomas Zahn, Flöha

**M**it den folgenden Worten würde ich das Anliegen der LINKEN übersetzen, die ihre jüngeren Genossinnen und Genossen zum Forum eingeladen hatte: „Schaut, was wir arbeiten! Findet euren Platz und bringt euch mit dem ein, was ihr beitragen könnt.“

Wir haben uns in zwangloser Runde getroffen. Tatsächlich waren überwiegend jüngere Genossen aus ganz

Sachsen angereist und brachten jene Lebendigkeit mit, welche nur die Jugend ausstrahlen kann. Das hat allen sehr gut getan, besonders den „älteren unter den jüngsten“, wie ich einer bin.

Mein erster und grundsätzlicher Eindruck: DIE LINKE darf mit einer Generation rechnen, welche die Zukunft gestalten wird. Dabei mögen manche Bedenken tragen, es wären aber leider zu wenige. Aber mir ist während der Begegnung deutlich geworden, dass ein solches Argument nicht gelten kann.

DIE LINKE hat großes Potenzial. Sie kann dort, wo sie noch schwach ist, stark werden. Sie hat das Vermögen zur Re-Generation. Und sie braucht ständig von neuem den Dialog der Generationen. Der ist notwendig, wenn auch schwer und selten mit schnellem Erfolg. Allerdings - und davon wurde an diesem Tag oft gesprochen - die Alten sollen Vertrauen wagen und der Jugend noch mehr Mut machen.

Ich bin auch deshalb zur LINKEN gegangen, weil ich hier mehr als anderswo Sensibilität für Offenheit erwarte. Wer mir dabei widersprechen will, ist herzlich willkommen. Jeder weiß, dass die SED der Vergangenheit da einiges verraten hat. Aus dieser Erfahrung heraus muss es uns gelingen, neuen Kredit an Glaubwürdigkeit zu schaffen.

In Dresden durften wir erleben, wie dieser Fortschritt gelingen wird. Geistige Innovation bleibt eine permanente Herausforderung, der wir uns stellen wollen. Das ist Konsens unter den jüngsten sächsischen Mitgliedern unserer Partei. Und wir wissen uns einig mit den allermeisten der Mitstreiter. Packen wir es an!

Ganz klar, DIE LINKE ist fleißig, hat aber auch viele Baustellen. Uns wurde ein großes, nach oben offenes Spektrum unseres Engagements vorgestellt. Es reicht von der ganz pragmatischen Kommunalpolitik über Fragen der Kultur im weitesten Sinne bis zu Problemen der Philosophie und Ideologie. Letztgenanntes bewegt mich persönlich am meisten. So habe ich mich über die Rosa-Luxemburg-Stiftung und den Liebknecht-Kreis informiert.

**Fazit:** Wir haben keinen Mangel an Problemen. Das ist gut so - weil anregend und produktiv. Ich denke dabei an das Plakat mit dem Karl-Marx-Monument und dem Titel „Da ist noch leben drin - DIE LINKE“.

seit herbst 2015 hat flöha mit **volker holuscha** einen linken oberbürgermeister

von Hans Weiske

**D**ie Amtszeit von Volker Holuscha als linker Oberbürgermeister von Flöha hat die viel zitierte Grenze von 100 Tagen längst überschritten. Wir wollten wissen, wie es ihm in seinem Amt geht. Ohne Probleme fand sich ein Termin. Und am 11. März kam es zum Lokaltermin im Rathaus. Für mich war das ein Heimspiel im doppelten Sinne: Erstens sind wir beide seit Jahren gemeinsam im Ortsverband Flöha der LINKEN aktiv und zweitens gehöre ich als Falke-ner seit der Eingemeindung am 1. Oktober 2011 zu den etwa 11.000 Einwohnern der Großen Kreisstadt Flöha.

Die Vorgeschichte ist schnell erzählt: Am 7. Februar des vergangenen Jahres trafen wir uns auf Bitte von Volker im kleinen Kreis aktiver Genossinnen und Genossen. Er wollte unsere Meinung zu seiner möglichen Kandidatur für das Ober-

bürgermeister-Amt erfahren. Volkers Begründung war kurz und bündig. Viele Bürger hätten ihn bereits darauf angesprochen. Wir bestärkten ihn, den Hut in den Ring zu werfen. Zumal der langjährige Oberbürgermeister Friedrich Schlosser (CDU) aus Altersgründen - um im Bild zu bleiben - diesen Ring verließ. Volker führte einen engagierten, sachlichen und konstruktiven Wahlkampf, der in Flöha von Anfang an auf einen Dreikampf mit den Bewerbern der CDU und der AfD hinauslief. Während Volker im ersten Wahlgang noch wenige Stimmen hinter dem Kandidaten der CDU zurücklag (die AfD war zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon aus dem Rennen), drehte er im entscheidenden 2. Wahlgang den Spieß um und ließ mit 42,4 Prozent der Stimmen den CDU-Bewerber Andreas Fritzsche um etwa vier Prozent hinter sich. Romy Penz, örtliche Unternehmerin und Bewerberin der AfD, landete trotz eines aufwendigen populistische Wahlkampfes nur bei 18,8 Prozent der Stimmen.

**V**olker Holuscha, Jahrgang 1961, ist nach eigenen Worten ein „Ur-Flöhaer“. Nach dem Besuch der Polytechnischen Oberschule erlernte er den Beruf eines Backwarenfacharbeiters, wurde aber nach seinem Berufseinstieg durch den Besuch der Parteischule der SED in Mittweida für die Tätigkeit im Parteiapparat „fit gemacht“. Seinen Arbeitsplatz fand er in der SED-Kreisleitung in Flöha. Die politische Wende traf ihn als Schüler der Parteihochschule in Berlin. Obwohl im Herzen ein Linker, verabschiedete er sich auf Zeit - genauer gesagt, bis 1998 - sowohl von einer Parteizugehörigkeit, als auch vom aktiven politischen Engagement. Zwischen 1990 und 1999 durchlebte er „neun schwere, aber nicht uninteressante Jahre“. Manches versuchte er in dieser Zeit, auch im Westen, nichts befriedigte ihn so richtig. 1998 begann er sein bis 2014 andauerndes Engagement als Vorsitzender des Ortsverbandes Flöha der Volkssolidarität, von 2003 bis 2007 war er auch

Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes. Seit 1999 verdiente er sich seine Brötchen wieder als Bäcker, vorwiegend in Nachtschichten.

Das Jahr 1999 war das Geburtsjahr des Engagements Volker Holuschas als Stadtrat für die PDS. Obwohl er manchen Entwicklungen in der Partei kritisch gegenüberstand (auch später meldete er sich in dieser Zeitung mehrfach mit kritischen Wortmeldungen), ließ er sich von den verdienstvollen Genossinnen Rita Hillmann (Oederan) und Margot Preißler (Flöha) überzeugen, in die PDS einzutreten. Das war - wie gesagt - im Jahr 1999. Seither ist Volker Holuscha Stadtrat in Flöha, seit 2002 leitete er die Fraktion der PDS, später der LINKEN. Zu den Bürgermeisterwahlen im Juni 2008 trat er gegen den langjährigen Amtsinhaber von der CDU an und musste sich dem Amtsbonus erwartungsgemäß geschlagen geben. Aber bereits da kam er mit über 20 Prozent der Stimmen klar vor den Bewerber von SPD und FDP ein. Und diesmal eroberte er den Sessel des Oberbürgermeisters!



Flöhas Oberbürgermeister in seinem Element. Hier bei der Erläuterung der kommunalen Schwerpunkte, denen er sich mit Tatkraft stellt.

**A**ls ich in unserer April-Ausgabe des vergangenen Jahres Volker Holuscha als Oberbürgermeister-Kandidat der LINKEN für Flöha vorstellte, ahnte ich - bei allem Optimismus - nicht, dass es ein solcher Triumph werden sollte. Aber die Voraussetzung dafür hatte ich anscheinend richtig erfasst, als ich schrieb:

„Volker hat sich - weit über DIE LINKE hinaus - große Anerkennung für sein langjähriges kommunalpolitisches Wirken erworben. Vor allem ist das auf seinen am Bürgerwohl orientierten Arbeitsstil, gepaart mit hoher Sachkenntnis über die konkrete Kommunalpolitik, zurückzuführen.“

Dem Vertrauensvorschuss seiner Wähler versucht Volker Holuscha, jetzt gerecht zu werden. Mir gegenüber formuliert er in kurzen, präzisen Stichworten die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit als Oberbürgermeister:

- Ein neues Stadtentwicklungskonzept
- Haushaltskonsolidierung
- Mittelstand wird Chefsache
- Transparenz der Verwaltung
- Umstrukturierung



Im Jahr 1999 feierte die Stadt Flöha ihr 600jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurde dieses Logo entwickelt. Es symbolisiert die Stadt am Zusammenfluss von Flöha und Zschopau

der Verwaltung

Gegenwärtig wird natürlich alles von der Asyl- und Flüchtlingsproblematik überlagert. Dazu hat Volker Holuscha seine Meinung in unserem Februar-Heft klar und unmissverständlich geäußert. Der in der Stadt geschaffene Koordinierungskreis „Asyl“ schätzt ein, dass sich Flöha, vor allem, was die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge betrifft, auf einem guten Weg befindet.

Auf meine abschließende Frage, ob seine Mitgliedschaft in der LINKEN seit der Wahl zum Oberbürgermeister symbolisch ruhe, kam die klare Antwort:

„Natürlich stelle ich mich der Aufgabe, ein Bürgermeister für alle Bürger zu sein. Aber das ändert nichts an meiner humanistischen Grundhaltung und -überzeugung und daran, dass ich ein Linker bin und bleibe.“

Dabei räumt Volker Holuscha ein, dass es vor allem in den oftmals komplizierten Entscheidungen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes nicht immer einfach sei, die linke Handschrift des Oberbürgermeisters zu erkennen. Aber hier drücken Sachzwänge auf die kommunalen Finanzen.

## linksfraktion im mittelsächsischen kreistag berät zum windenergie-konzept der region che

**T**hema der öffentlichen Sitzung der Fraktion Die Linke im Kreistag Mittelsachsen, die am 17. Februar im Freiburger Hotel „Regenbogenhaus“ stattfand, war die öffentliche Auslegung des „Regionalen Windenergiekonzeptes des Planungsverbandes der Region Chemnitz“. Für Informationen aus erster Hand hatten wir gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten **Dr. Jana Pinka** als kompetenten Referenten **Dr. Jens Uhlig** eingeladen. In seiner Funktion als verantwortlicher Planer für Tourismus und Erneuerbare Energien beim Planungsverband Region Chemnitz erläuterte der Fachmann die weitere Umsetzung des Sächsischen Landesplanungsgesetzes (SächsLPIG). Er machte deutlich, dass die Energiewende auch in Mittelsachsen nur durch einen weiteren Ausbau der Windenergieanlagen umgesetzt werden kann.

Auf der Basis des 2012 entwickelten Energie- und Klimaprogramms Sachsen wurde im Jahr 2013 ein Landesentwicklungsplan beschlossen, der auch prinzipielle Vorgaben zur Nutzung Erneuerbarer Energien macht. Landauf landab gibt es jetzt Initiativen, die eine 10H-Regelung im Baugesetz fordern (der Abstand zur Wohnbebauung beträgt das 10-fache der Nabenhöhe). Da jedoch gerade durch diese Regelung nur 0,3% der sächsischen Fläche für Windenergie zur Verfügung stünde, würde der Windkraftnutzung nicht mehr genug Raum zur Verfügung stehen. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass Pläne zur Windenergienutzung gerichtlich außer Kraft gesetzt wurden. Durch diese Außerkraftsetzung gelten die alten Regelungen der Regionalpläne, die teilweise bis zu 15 Jahre alt sind. Für unsere Region sind das insgesamt sechs Regionalpläne, die Berücksichtigung finden müssen. (Durch mehrere Kreisgebietsreformen etc. haben sich die Planungsgebiete verändert).

**Nun steht folgende Kernaussage:** Die Windenergienutzung ist nun einmal – ob einem das gefällt oder nicht – vom Gesetzgeber in der Baugesetzgebung privilegiert. Im Raumordnungsgesetz werden Vorrang- und Eignungsgebiete ausgewiesen. Im Planungsverband wurde die Auslegung des Windenergiekonzeptes

am 15. Dezember 2015 beschlossen. Die öffentliche Auslegung erfolgt in dem Zeitraum vom 01. März 2016 bis zum 30. April 2016. In dieser Zeit können alle BürgerInnen, Städte und Gemeinden Einsprüche einreichen. Es wird fünf Regionalkonferenzen geben. Im Landkreis Mittelsachsen fand diese am 08. März 2016 im BSZ „Julius Weisbach“ statt. Nach der Auslegung wird es noch ca. vier Gremiensitzungen zur Abwägung geben. Geplant ist, dass frühestens Ende 2016 ein Satzungsbeschluss zum Plan erfolgen kann.



*Während der öffentlichen Sitzung der LINKSfraktion im mittelsächsischen Kreistag bei der Beratung des regionalen Windenergiekonzeptes der Region Chemnitz im Hotel „Regenbogenhaus“ in Freiberg.*

### Aber was tun wenn die Gemeinde einen Windpark auf Gemeindegebiet ablehnt?

Dr. Uhlig wies für diesen Fall darauf hin, dass es nicht reicht, einen Gemeinderatsbeschluss mit der Aussage „Wir wollen keinen Windpark“ einzureichen. Es müssen genaue Gründe dahinter stehen. Zu beachten sind dabei die sogenannten **harten Tabuzonen** – also Zonen, die man nicht überplanen kann, beispielsweise Siedlungen, oder wo Abstände eingehalten werden müssen, wie Autobahnen, Hochspannungsleitungen usw. – und die sogenannten **weichen Tabuzonen**, zum Beispiel Bereiche in der Nähe prägender Kulturlandschaften, geschützte Tierarten usw.

Geplante Regelungen zur Höhenbegrenzung: Windenergieanlagen innerhalb der Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung mit einem Abstand unterhalb von 750 m zur Wohnbebauung sind nur bis zu

einer Gesamthöhe von 100 m zulässig. Windenergieanlagen innerhalb der Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung mit einem Abstand von 750 m bis unterhalb 1000 m zur Wohnbebauung sollen einen Abstand zur Wohnbebauung aufweisen, der das 10-Fache der Nabenhöhe nicht unterschreitet.

### Zur Situation im Landkreis Mittelsachsen:

- Von den 55 zur Ausweisung vorgeschlagenen Vorrang- und Eignungsgebieten zur Nutzung der

Bergbautätigkeit „Freiberger Rodungsinsel“;

- mehr Ackerflächen, weniger Wald als z. B. Erzgebirgskreis und Vogtlandkreis
- Jüngere Geschichte – Genehmigungspraxis der Landratsämter bis zum Inkrafttreten des Regionalplans Chemnitz-Erzgebirge am 12. September 2002 (beschlossen am 15. Oktober 1999)
- Es wird das Fehlen einer sächsischen Windkarte bemängelt. Durch das höhere Windaufkommen in größeren Höhen, werden die Anlagen immer höher.

### Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion erfolgte durch Dr. Jana Pinka.

Sie wies darauf hin, dass sich die Fraktion für erneuerbare Energien bei gleichzeitigem Ausstieg aus Atomstrom und Kohlestrom einsetzt. Mit dem Antrag vom Dezember 2014 „Energiewende voranbringen: Länderöffnungsklausel nicht in Anspruch nehmen“ (Landtags-Drucksache 6/466) forderte die LINKE, die Rechtsunsicherheit durch eine Länderöffnungsklausel für Windenergieanlagen-Standorte nicht zu vergrößern, das Wirrwarr der Planungsvorgaben in den vergangenen Jahren zu beenden und die in Aussicht gestellte Windpotenzialstudie rasch anzugehen. Dazu erfolgte am 27. Februar 2015 im Umweltausschuss des Landtages eine Anhörung mit Sachverständigen, zu denen auch Dr. Uhlig zählte. Einig war man sich damals, dass mit der sogenannten „10-H-Regelung“ wie in Bayern, die Umsetzung der Energiewende in Sachsen unmöglich gemacht werden würde.

Ein von allen Seiten mit Windrädern eingekreistes Dorf sollte vorab planerisch verhindert werden. Bei bestimmten Sonnenständen sollten Windräder abgeschaltet werden, wenn sie einen Schlagschatten verursachen. Auch aus Gründen des Fledermaus- oder Vogelschutzes sollten Anlagen an bestimmten Standorten zu bestimmten Zeiten oder Wetterlagen abgeschaltet oder gar nicht errichtet werden. Das wären Maßnahmen, die ohne weiteres möglich sind und die bei der Anlagengenehmigung festgelegt und überwacht werden müssten. Die Bürgerbeteiligung, aber auch die Einsicht der Menschen, künftig mit solchen Anla-

Windenergie (VREG Wind) liegen 28 im Landkreis Mittelsachsen und noch eines (das größte der Planungsregion im Bereich Pfaffroda und Dorfcemnitz) anteilig.

- Von den zehn bisher von der Oberen Raumordnungsbehörde (Landesdirektion Sachsen) ausgesprochenen befristeten raumordnerischen Untersagungen gemäß § 14 des Raumordnungsgesetzes betreffen fünf den Landkreis Mittelsachsen.
- Von 23 Verwaltungs-Streit-sachen zu Windenergieanlagen lagen neun Gebiete im Landkreis Mittelsachsen.

### Die Ursachen – „warum das schon 1999 so war und heute noch so ist“ - in Stichworten:

- Raum- und Siedlungsstruktur – „nur“ ländlicher Raum bzw. verdichtete Bereiche im ländlichen Raum; geringere Einwohnerzahlen und Einwohnerdichte.
- Ältere Geschichte – 800jährige

**Chemnitz** für die linksworte berichtet unser redaktionsmitglied, kreisrätin Sabine Lauterbach

gen leben zu müssen, spiele dabei ebenfalls eine sehr wichtige Rolle.

Innerhalb der Diskussion wurden folgende Themen ausgeschlossen, weil sie NICHT durch den Planungsverband beeinflussbar sind.

- Nutzen und Schaden; Vor- und Nachteile; Sinn und Unsinn von konventionellen und fossilen Energieträgern z.B.: Uran, Stein- und Braunkohle, Erdöl und Erdgas sowie von erneuerbaren, regenerativen, alternativen Energien z.B.: Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme, Biomasse
- Politische Vorgaben und Regelungen anderer Einsparmöglichkeiten, Leitungsnetze, Speicherung.

Nun gibt es in unserem Landkreis bereits mehrere Windparks. Kreisrat **Harald Pötzsch** spricht das Problem mit dem **Windkraftfeld**

150 Meter Höhe entstehen soll. Das halbe Dorf wäre hier direkt betroffen. **Antwort:** Dies ist das einzige Windkraftfeld, welches bislang nicht mit Windkraftanlagen bebaut wurde. Da die Planer den Immissionsschutz erbringen werden, könnte noch die Existenz schützenswerter Tierarten wie beispielsweise Roter Milan, Feldermäuse etc. geprüft werden. Ein LINKER Chemnitzer Abgeordneter informierte, dass in Chemnitz die Lage anders sei. **Chemnitz** möchte Windkraftanlagen und hat selbst sechs Standorte entwickelt. Jedoch sprechen sich die Abstandsregelungen gegen diese Planung aus. **Antwort Dr. Uhlig:** Die Chemnitzer Planung sei nie beim Planungsverband angekommen. Da wird wohl eine Rückfrage im Rathaus anstehen. Unser Fraktionsvorsitzender **Gottfried Jubelt** bemängelt die zurückgegangenen Förderungen der Energiegewinnung durch Gülleunterschied. Leider war dies ein ausgeschlossenes Thema, da



in **Crossen** an und bemängelt die Überbelastung der Bevölkerung. Die Gemeinde habe keinerlei Rechte. Beim Bau jeder Windkraftanlage muss die Gemeinde eine Stellungnahme abgeben. Diese ist immer negativ. Trotzdem gibt das Landratsamt die Bewilligung zum Bau. **Antwort Dr. Uhlig:** Bei der Einreichung der Planungsunterlagen müssen die Nachweise zum Immissionsschutz erbracht werden. Wenn diese Unterlagen stimmig sind, muss das Landratsamt seine Zustimmung geben. Als Bürgerin von Altmittweida sprach ich selbst das Problem mit dem ausgewiesenen **Windkraftfeld im Süden von Altmittweida** an. Dort ist geplant, dass im Abstand von 750 Metern ein Windpark mit bis zu 34 Anlagen zwischen 100 und

vom Planungsverband nicht beeinflussbar.

**Neues aus dem Jugendhilfausschuss**

In seiner Sitzung am 22. Februar 2016 bestätigte der Jugendhilfausschuss die **Mittel zur Förderung von offenen Angeboten und Leistungen nach dem Jugendhilfegesetz sowie der Jugendgerichtshilfe**. Die Anträge dazu werden bis Ende April für das Folgejahr gestellt. Der Landkreis Mittelsachsen erhält im Jahr 2016 insgesamt 903 TEUR als Jugendpauschale vom Land. Alle weiteren Kosten muss er aus seinem Kreishaushalt stemmen. Für die Förderung der Jugendarbeit wurden 1.022.072,73 EUR bewilligt. Um diese Bereiche personell zu unter-

setzen sind 26,175 VZÄ geplant. In diesen Kosten sind auch Projektkosten für Jugendclubs enthalten.

Für die Jugendverbandsarbeit (beinhaltet den Kreisjugendring sowie den Kreissportbund) wurden zwei VZÄ mit einem finanziellen Umfang von 80.346,12 EUR bewilligt.

Im Bereich Jugendsozialarbeit stehen personell 12,85 VZÄ und 312.198,59 EUR für Sach- und Personalkosten.

Die Förderung des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 umfasst 2,5 VZÄ mit einem finanziellen Rahmen von 88.951,18 EUR.

Die Förderung von Familien nach §16 SGB VIII wurde mit 4,3 VZÄ und 188.398,84 EUR bewilligt.

Für die Angebote der Jugendgerichtshilfe gibt es 249.893,34 EUR bei 4,95 VZÄ.

Insgesamt wurden 92 Maßnahmen zusätzlich der Jugendverbandsarbeit bewilligt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf fast 2 Mio. EUR.

**Investitionsmittel für Kindertagesstätten vom Land**

Für notwendige Investitionen in Kindertagesstätten wurden dem Landkreis vom Kultusministerium der Betrag von 450 TEUR Fördermittel mitgeteilt. Anfang Dezember wurden alle Städte und Gemeinden sowie freien Träger von Kindertageseinrichtungen angeschrieben und der entsprechende Bedarf ermittelt. Es wurde 47 Maßnahmen mit einem Umfang von rund 1,5 Mio. EUR eingereicht. Die Fördermittel reichen somit bei weitem nicht aus. Da die nächste Sitzung des JHA erst in zwei Monaten ist, wurde um Zeit zu sparen, die Verteilung der Mittel in den Unterausschuss für Angelegenheiten der Jugendhilfeplanung übergeben.

**Einladung**

Wie in den vergangenen Jahren wollen wir auch in diesem Jahr zweimal über Kreisangelegenheiten informieren, welche direkten Einfluss auf unsere Städte und Gemeinden haben. **Dazu laden wir am 04. April 2016 um 18:00 Uhr in die Gaststätte „Weiße Taube“ in Cunnersdorf ein.** Angesprochen sind Mandatsträger aus Städten und Gemeinden, jedoch auch Nachfolgekandidaten des Kreistages.

Themenauswahl:

- Kreisumlage
- Asyl
- Konjunkturpaket

von Marika Tändler-Walenta

**D**er Parteivorstand tagte zum Wahlwochenende am 13. und 14. März 2016. Zunächst ging es vor allem um die Vorbereitung und Einberufung des Bundesparteitages am 28./29. Mai 2016 in Magdeburg. Im Kontext der Vorbereitung wurden die drei Leittränträge in Arbeitsgruppen vorbereitet und dem Parteivorstand zur Diskussion vorgelegt. Die Leittränträge beschäftigen sich mit den Themen ‚Frieden‘, ‚Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!‘ und ‚Soziale Gerechtigkeit und Flucht‘. Dabei habe ich selbst in der Arbeitsgruppe zum Thema ‚Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!‘ mitgewirkt, weil ich davon ausgehe, dass wir uns in



einem sich verändernden gesellschaftlichen Spannungsverhältnis befinden und es maßgeblich von unseren politischen Ideen und Umsetzungsstrategien abhängig sein wird, ob wir auch weiterhin in einem demokratischen Land leben werden. **Dies ist auch der Grund, warum ich mich erneut bereit erklärt habe, um einen Sitz im Parteivorstand zu bewerben.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung haben die sächsischen Abgeordneten gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden **Rico Gebhardt** und der Landesgeschäftsführerin **Antje Feiks** eine Beschlussvorlage unter dem Titel „DIE LINKE gegen die Bewegung von rechts“ eingereicht. Die Vorlage bezieht sich vor allem auf die drastischen Auswüchse der gegenwärtigen Entwicklung in Sachsen: „Wir erleben in Sachsen gegenwärtig einen massiven Rechtsruck, dessen Ausdruck die \*gidas und die AfD sind. Allerdings ist diese Entwicklung keineswegs ein plötzlicher „Rechtsruck“, sondern es handelt sich um das Ergebnis einer politischen Entwicklung, die seit mehr als einem Vierteljahrhundert unter Aufsicht CDU-geführter Regierungskoalitionen und einer konservativ geprägten Innenpolitik anhält.“ Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

## das thema asyl - fortsetzung unserer berichterstattung aus wiederau

Das Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ bestimmt weiter die aktuelle Lage in unserem Land und auch im Landkreis Mittelsachsen. Dabei rückte unser Landkreis mit den Ereignissen in Claußnitz ungewollt in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung.

In unserem Februar-Heft berichtete Genossin **Helga Steinert** aus dem Ortsteil Stein der Gemeinde Königshain-Wiederau über ihre Erfahrungen mit den Asylbewerbern und Flüchtlingen in der „aus dem Boden gestampften“ Gemeinschaftsunterkunft in Wiederau, bekannt als Geburtsort von Clara Zetkin.

Bei unserem Besuch am 1. Februar in Wiederau waren der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, **Peter Krause** und unsere Redaktion vom Engagement vieler Wiederauer Bürger, an ihrer Spitze Bürgermeister **Johannes Voigt**, sehr beeindruckt. Immerhin handelt es sich um 60 junge Männer, die nach Wiederau kamen. Und schnell bildete sich auch hier eine „Gemeinschaft“ mit der Losung „Königshain-Wiederau sagt Nein zum Flüchtlingslager“.

Wir setzen diese Berichterstattung heute fort, denn in Wiederau hat sich seit Mitte Februar einiges ereignet. Ich traf mich am 11. März mit Helga Steinert und sprach mit ihr über die aktuelle Lage. Im folgenden die aktuellen Informationen: Im April berichten wir erneut über den Fortgang der Ereignisse.

von Hans Weiske

**E**s war reiner Zufall. Im Rahmen meiner monatlichen Verteilungs-Aktion der „LinksWorte“ hatte ich im Februar den Königshain-Wiederauer Ortsteil Stein logistisch in meinen Plan aufgenommen. Als ich am 24. Februar die Zeitungen bei

den geringsten Privatbereich untergebracht worden. „Aber noch schlimmer“ - so Helga Steinert weiter - „wäre es für sie gewesen, ohne uns zu sein. Das erste Mal nach ihrer hochgefährlichen und ungemein anstrengenden Flucht weg von Krieg, Verfolgung und Todesdrohungen haben sie endlich wieder ein bisschen Heimat gefunden“. Dabei meint sie die inzwischen über 150 Helfer und Unterstützer aus der Gemeinde. Als



Während unseres Gesprächs am 11. Februar im Wohnhaus von **Helga Steinert** im Königshain-Wiederauer Ortsteil Stein. Vor ihr eine aktuelle Regionalausgabe der „Freien Presse“, die zum wiederholten Male aus Wiederau berichtet.

Helga Steinert abgeben wollte, traf ich sie sehr erregt an. Am Vorabend, so ihre Information, hätten sie davon erfahren, dass die in Wiederau untergebrachten 60 Flüchtlinge kurzfristig in die zentrale Aufnahme-Einrichtung in Rossau umgesiedelt werden sollten. Und dort wären sie mit vielen anderen in einer großen Halle ohne

Begründung für den vorgesehenen Umzug gab das Landratsamt geringere Kosten in Rossau an.

Helga Steinert nahm Kontakt zu Peter Krause auf. Auch die Landtagsabgeordneten Jana Pinka und Juliane Nagel von der LINKEN schalteten sich auf ihre Initiative hin ein. Auch der grüne Landtagsabge-

ordnete Wolfram Günther machte sich mit seinen Aktivitäten zum Fürsprecher und Unterstützer der Wiederauer Helferinitiative. So appellierte er unter anderem an den Landrat, die Entscheidung zur Umsiedlung der Flüchtlinge von Wiederau nach Rossau zu revidieren.

Neben ihren Kontakten zu Abgeordneten der LINKEN nahm auch Helga Steinert Kontakt zum Landratsamt auf. Um die angekündigte Umsiedlung zu verhindern, wurde von den Flüchtlingshelfern entschieden, „ihre“ Flüchtlinge mit nach Hause in ihre Familien zu nehmen. So waren bei Helga Steinert und ihrem Mann drei junge Männer aus Pakistan zu Gast, mit denen sie inzwischen viel unternahmen. So besuchten sie die Augustusburg und die Talsperre Kriebstein. Die Verständigung erfolgte mit Händen und Füßen, da die jungen Männer weder deutsch noch englisch sprachen.

Der Widerstand der Helfer und der Druck von Landtags- und Kreistagsabgeordneten führte dazu, dass der Landrat sich genötigt sah, am Abend des 25. Februar zum Gespräch nach Wiederau zu kommen - offenbar in der festen Absicht, die Notwendigkeit der Umverlegung der Flüchtlinge zu begründen. Die Atmosphäre des Gesprächs, zu welchem die Presse nicht zugelassen war, führte beim Landrat und dem Leiter der im Landratsamt geschaffenen Stabsstelle Asyl, Dieter Steinert, zum Umdenken. Nach langer Debatte gab es nämlich eine Einigung beider Seiten. Die Schließung des Flüchtlingscamps wurde abgesagt. Dazu trug auch bei, dass ein Flüchtling auch im Namen der anderen Bewohner des Flüchtlingscamps sagte, hier habe er nach dramatischen Erlebnissen der Flucht „seine Heimat und seine Familie“ gefunden.

Für die Flüchtlinge sollen nun Möglichkeiten der Unterbringung in Wohnungen geprüft und gefunden werden. Dazu wurden regelmäßige Arbeitstreffen vereinbart. Dort soll letztendlich entschieden werden, wie lange das Camp noch gebraucht wird. Ein erstes solches Treffen mit Annett Schrenk, der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten des Landratsamtes fand am 10. März statt. Alles ist, so Helga Steinert, seitens der Flüchtlingshelfer dem Ziel untergeordnet, die Flüchtlinge, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten, zu einem eigenständigen Leben zu führen.

von Reik Kneisel

## linksjugend [solid] freiberg

**D**ie Gruppe der Linksjugend in Freiberg war am 4. März offiziell zu Gast bei Mitgliedern der Basisgruppe Bobritzschtal. Die Basisgruppe hatte über die Kontaktperson **Ute Rehner** zu einem Treffen gebeten. Ziel sollte es sein, generationsübergreifend in Gespräche zu kommen und sich so über politische Themen austauschen zu können. Es war kein herkömmliches Treffen - der Plan für den Abend war eine gemeinsame Beschäftigung: kochen.

**Michael Trinkler** und seine Frau **Felicitas** aus Bobritzsch hatten dafür ihre großräumige Küche zur Verfügung gestellt, in der alle genügend Platz fanden. Es gab eine große Vielfalt an Gerichten, unter anderem auch vegane Küche, da sich einige Mitglieder der Linksjugend vegan ernähren.

Die Genoss\*innen fanden gemeinsame Interessen und Themen und tauschten sich untereinander aus. Ein besonderer Besuch war die Abgeordnete des sächsischen Landtages **Dr. Jana Pinka**, die beim Kochen half und erzählte, dass sie sich oft mit der Basisgruppe treffe.

Der Abend war aus Sicht der gesamten Gruppe erfolgreich. Es gab viele Überschneidungen und die Übereinkunft, dass man den Kontakt zwischen Linksjugend [solid] Freiberg und der Basisgruppe Bobritzschtal aufrechterhält und weiter gemeinsame Treffen vorsieht.

## liebknecht-kreis sachsen

**E**inige Mitglieder der Linksjugend Freiberg hatten zum 5. März ins Regenbogenhaus eingeladen. **Marcel Dönicke** und ich sind Mitglieder des Liebknecht-Kreises Sachsen (LKS) und wollen gemeinsam mit **Michael Matthes**, Mitglied des SprecherInnenrates des LKS, eine Gruppe in Mittelsachsen aufbauen. Wie gewünscht, waren einige Genoss\*innen aus dem Raum Freiberg zum Treffen gekommen.

Es war eine lockere Runde und es kamen einige wichtige Themen für die gesamte Partei auf den Tisch. So wurde allgemein festgestellt, dass grundlegende Theorien für die heutige Zeit für die Basis der Partei nicht mehr ausreichen. Die Mitglieder des LKS in Mittelsachsen bleiben weiter dran und bemühen sich um gute politische Arbeit auf diesem Gebiet. Das Jahr 2016 wird zeigen, in welche Richtung die Gruppe weitergeht und wie sie sich entwickelt.



auswertung der landtagswahlen aus sicht der linken von marika tändler-walenta, mitglied des parteivorstandes

**A**m 13. März 2016 fanden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt statt. Aus Perspektive der LINKEN gibt es nichts zu Beschönigen - für uns war das Wahlergebnis schlichtweg enttäuschend. Mit knapp 13 Millionen Wahlberechtigten war ein gutes Fünftel aller Wahlberechtigten Deutschlands zur Stimmabgabe aufgerufen. Vor allem standen dabei bundespolitische Themen im Fokus. Zunächst kann festgehalten werden, dass alle drei Regierungskoalitionen abgewählt wurden, bei gleichzeitiger Bestätigung der amtierenden Ministerpräsidenten. Die CDU hat in den drei Ländern verloren. In Baden-Württemberg 12,0%, in Rheinland-Pfalz 3,4% und in Sachsen-Anhalt 2,7%. Die Auseinandersetzung um den vermeintlich „richtigen“ Kurs und die Positionierung von Julia Glöckner und Guido Wolf gegen den Kurs von Angela Merkel haben beiden geschadet und nicht die erhofften Spitzenposten eingebracht. Dabei werden aller Voraussicht nach die Kämpfe um den „richtigen“ Kurs in der Union im Vorfeld der Bundestagswahlen zunehmen. Die SPD muss erneut historische Verluste hinnehmen. Sie fällt in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt auf den jeweils niedrigsten Wert seit Bestehen der beiden Bundesländer. Erstmals ist die SPD in vier der 16 Bundesländer unter die 20%-Marke gefallen und erreicht dort jeweils weniger als 15%

(Sachsen: 12,4%, Thüringen: 12,4%, Sachsen-Anhalt: 10,5%, Baden-Württemberg: 12,7%). Durch die Erosion sozialdemokratischer Wählerinnen- und Wählermilieus und auch der aktuellen Regierungspolitik um Sigmar Gabriel wird es mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 zu verschiedenen Kurskorrekturen kommen. Die Grünen sind in Baden-Württemberg erstmals stärkste Kraft geworden. Sie können rund ein Drittel der Wählenden binden. In den beiden anderen Ländern schaffen sie den Einzug in die Parlamente nur knapp. Die FDP kann in allen drei Ländern im Vergleich zu 2011 zulegen. Im liberalen Stammland Baden-Württemberg erzielt sie 8,3%, in Rheinland-Pfalz 6,2%. In Sachsen-Anhalt verfehlt die Partei den Wiedereinzug in den Landtag knapp, steigert sich jedoch um 1,1% auf 4,9%. Mit der FDP ist bei den nächsten Bundestagswahl wieder zu rechnen, zumal wenn sie die offenen Fragen der Koalitionsbildung in den drei Ländern für sich als „Liberales Partei der Mitte“ zu nutzen weiß.

Die AfD ist mit 24,2% in Sachsen-Anhalt, mit 15,1% in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz mit 12,6% aus dem Stand mit einem zweistelligen Ergebnis in alle drei Landesparlamente eingezogen. Dieses Ergebnis ist historisch, denn nie zuvor ist es einer Partei rechts der Union in einem solchen Maß gelungen Stimmen zu gewinnen. Vor dem Hintergrund der aufgeheizten Debatten zum Thema Flucht und Migration ist es der AfD aus dem Stand gelungen, zur zweitstärksten Kraft in Sachsen-Anhalt und zur dritt-

stärksten Kraft in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu werden. Dabei hat die Partei die Landtagswahlen als Abstimmung über die Flüchtlingspolitik ausgerufen. Zugleich fand eine interne Radikalisierung und eine externe Normalisierung der AfD statt, die mit einer Veränderung der AfD von 2013 bis 2016 in der gesellschaftliche Polarisierung im Kontext der Flüchtlingsdebatte einherging. Damit ist sie ihrem Ziel der bundesdeutschen Verankerung einen Schritt näher gekommen und wird aller Wahrscheinlichkeit auch zur nächsten Bundestagswahl erstmalig in den Bundestag einziehen. Dies wird gravierende Konsequenzen haben.

DIE LINKE hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Sie verfehlt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Einzug in die Landtage deutlich. In Sachsen-Anhalt verliert die Linkspartei stark und fällt unter das Niveau von 1994. Sie ist damit so schwach wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Darüber hinaus verliert sie mit einem Drittel ihrer Stimmenanteile auch den Status als Oppositionsführerin an die AfD, hinter der sie mit Abstand drittstärkste Kraft wird.

Mit diesem Ergebnis steht unsere Partei vor neuen strategischen Aufgaben, zählen wir nun auch zu den etablierten Parteien. Die Skandalisierung der AfD als Strategie ist fehlgeschlagen. Der AfD nun alle politische Aufmerksamkeit zu geben, halte ich für falsch. Gegenstrategien zum Beispiel mittels sogenannter Bekämpfungsdemos führen eher zur Stabilisierung der AfD, da diese sich somit in eine „Opferrolle“ begeben

kann und von den etablierten Parteien abgrenzt. Sinnvoll wäre, weiterhin eine politische Isolation und das Schaffen von Empörungseffekten. Natürlich sollten wir uns mit der Partei auseinandersetzen und klar vor ihr distanzieren. Auch auf inhaltliche Forderungen der AfD, welche vor allem neoliberal und unsozial sind sollten wir hinweisen.

Die erste politische Interpretation, sieht vor allem die Politik der großen Koalition, eine Politik der sozialen Verunsicherung, auf Bundesebene verantwortlich für die Zugewinne der AfD verbunden mit einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung. Die Landtagswahlen waren dabei Ausdruck über die Abstimmung über die Flüchtlingspolitik. Die klassischen sozialen Themen spielten in diesem Wahlkampf nur in Gestalt von Etablierten-Vorbehalten gegenüber Fremden eine Rolle. Zudem gab es eine gesteigerte Personalisierung im Rahmen des Wahlkampfes. Unserer Fokus sollte darauf liegen, der Bevölkerung Lösungen und Antworten aus linker Perspektive zu geben. Viele Wähler der AfD haben diese als Protest gewählt, als Alternative zur etablierten Parteienlandschaft und ganz klar auch als Ausdruck von Abgrenzung und Vorbehalten gegenüber Fremden. Die Aufgabe der Linken wird es sein nun neben der sozialen Frage mit Fokussierung auf Lebenssicherheit, vor allem darum gehen die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit unserer Partei nach aussen zu transportieren. Entscheidend dafür ist vor allem die Schaffung eines emotionalen Gegenbildes d.h. einer emotionalen Botschaft.

Milchpreise im Keller – Bauern in Not

von unserem redaktionsmitglied kerstin ufer

**I**n Anbetracht der sich verschärfenden Milch(preis)krise, die Milchviehbetriebe unseres Landes immer mehr in Existenznot bringt und zunehmend sogar zur Aufgabe ihrer Unternehmen zwingt, hatte die Fraktion Die Linke bereits mehrfach im Landtags-Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft politisches Engagement der Sächsischen Staatsregierung gegenüber dem Bund und der EU angemahnt.

In einem Antrag mit dem Titel „Milchviehhaltende Betriebe und Unternehmen in Sachsen stärken – Milch(preis)krise wirksam begegnen – Milch(preis)krise-Maßnahmepaket“ macht die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag der Staatsregierung nun konkrete Vorschläge zur Stärkung milchviehhaltender Betriebe und Unternehmen. Kern des Antrags ist u.a. die Einführung einer bundeseinheitlichen gesetzlichen

Vorschrift für einen verbindlichen Mindestmilchabnahmepreis. Zudem entspricht der Antrag der Forderung der Bauernverbände zur Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. Diese würde eine finanzielle

Rücklage für Notzeiten ermöglichen. Die gezielte Unterstützung bei der Vermarktung einheimischer Produkte in der jeweiligen Region sowie unbürokratische Ausgleichszahlungen zur Rettung von in



In Anbetracht der sich verschärfenden Milch(preis)krise geraten auch in Mittelsachsen immer mehr Milchviehbetriebe in Existenznot.

Not geratenen Betrieben, sind weitere Vorschläge, die im Antrag konkretisiert werden. Die Freiburger Abgeordnete Dr. Jana Pinke wirkte als Mitglied im Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Umwelt der Fraktion

Die Linke sowie als Mitglied im Ausschuss Umwelt und Landwirtschaft des Sächsischen Landtages maßgeblich bei der Erstellung des Antrags mit. Anfang Februar hat sie das Papier zahlreichen

milchviehhaltenden Betrieben der Region ihres Wahlkreises Freiberg sowie der Region Brand-Erbisdorf und Mittweida zur Kenntnis und Diskussion gegeben.

Ergänzend führt sie dazu aus: „Nicht nur die Lage der milchviehhaltenden Betriebe ist verheerend. Ebenso bedroht sind die Existenz anderer Nutztierhalter und vieler Pflanzenproduktionsbetriebe. Denn auch für Fleisch, Eier und Getreide werden keine kostendeckenden Preise erzielt. Jetzt sind EU, Bundes- und Länderpolitik in der Pflicht, endlich durch gezielte konkrete langfristige Gesetzgebungen zu reagieren, statt wie bisher den Schaden immer wieder nur scheinbar durch kurzfristige Maßnahmen und Versprechungen kurzfristig zu begrenzen. Nötig sind Gespräche mit den Bauernverbänden, faire Preisverhandlungen mit Erzeugern und Verarbeitungsbetrieben sowie eine bedarfsgerechte Produktion.“

## vor 70 jahren: die gründung der sed in der sowjetischen besatzungszone

Von Achim Grunke, Freiberg

**A**m 21./22. April 1946 vereinigten sich in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dem späteren Gebiet der DDR, die KPD mit 619.256 Mitgliedern und die SPD mit 679.159 Mitgliedern zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Als beide Parteien 1933 nach der Machtergreifung des Faschismus in die Illegalität gezwungen wurden, hatte über ein Jahrzehnt zwischen ihnen Zwist und gegenseitiges Misstrauen gestanden.

### Neubeginn 1945

Das Zentralkomitee (ZK) der KPD erklärte in seinem Aufruf vom 11. Juni 1945, dass es jetzt gelte, „gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen“. Ein ganz neuer Weg müsse beschritten werden. Es gelte, „die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“. Dabei wäre es falsch, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen,... denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen (aber zukünftigen? - A.G.) Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“ Aufgerufen wurde „zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer)“.

In ihrem Aufruf des Zentralkomitees (ZA) vom 15. Juni 1945 begrüßte die SPD „auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945“ und griff den Gedanken auf, „daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist, und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.“ Außerdem rief die SPD dazu auf, „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse (zu) führen! ... Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden!“

Am 19. Juni 1945 schlossen dann Vertreter beider Parteien „unter Achtung der demokratischen Grundsätze“ ein Aktionsabkommen, mit der Vereinbarung der Schaffung eines „Gemeinsamen Arbeitsausschusses“. Den Organisationen beider Parteien wurde empfohlen, „in allen Bezir-

ken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.“ Allerdings kam es auf Länderebene nur in Sachsen am 3. Juli und in Thüringen am 8. August zur Bildung von Arbeitsausschüssen. In anderen Ländern und in vielen Orten verzögerte sich das erheblich, in einigen Orten kamen Arbeitsausschüsse auch bis April 1946 nicht zustande. Das lag zum Teil an den damals fehlenden Verkehrsverbindungen und schlechten Kommunikationsmitteln. Aber auch die Zeit vor 1933 lag noch nicht so weit zurück, als dass die alten Vorbehalte und das Misstrauen zwischen Mitgliedern beider Parteien aus dieser Zeit überwunden waren.

### Kurs auf baldige Vereinigung

Obwohl die KPD ja zunächst gegen eine sofortige Bildung einer Einheitspartei war, um sich selbst erst mal organisatorisch zu festigen und mithilfe der Sowjetischen

in Sachsen ist bald nicht mehr tragbar. Eine ganze Menge unserer Genossen in leitenden Stellungen in größeren und mittleren Städten sind von russ.(ischen) Kommandanten abgesetzt und durch Kommunisten ersetzt worden. Aus der Polizei werden fortlaufend unsere Leute entfernt und Kommunisten eingesetzt... Ich gehöre wirklich zu den ganz ehrlichen Verfechtern des Zieles, zu einer Einheitspartei mit den Kommunisten zu kommen. Das kann aber nur geschehen unter völliger Gleichberechtigung. Wir wollen unter keinen Umständen 5. Rad am Wagen werden.“ Solche Geschehnisse ließen altes Misstrauen gegenüber Kommunisten wieder aufkommen und senkten bei Sozialdemokraten merklich die Bereitschaft zur Einheitspartei. Nun war seitens der KPD schnelles Handeln angesagt und es wurde eine Kampagne zur Schaffung der Einheitspartei gestartet.

In einer Rede am 11. November in Berlin hatte Grotewohl schwerwiegende Bedenken gegen eine Vereinigung anklängen lassen und erklärt, dass aus SPD-Sicht



Militäradministration (SMAD) wichtige Machtpositionen in den entstehenden Verwaltungen mit eigenen Leuten zu besetzen, vollzog die KPD plötzlich im September 1945 eine Kehrtwende und setzte auf eine baldige Vereinigung der Parteien. Was war geschehen? Auch in der SBZ konnte die SPD trotz mancher Behinderungen durch die SMAD einen starken Zustrom neuer Mitglieder verzeichnen. Während die KPD im September 1945 etwa 179 Tausend (im Dezember: ca. 372 T.) Mitglieder zählte, waren es bei der SPD etwa 250 Tausend (im Dezember: ca. 420 T.). Die wachsende Mitgliederzahl stärkte das Selbstbewusstsein der SPD, stand aber gleichzeitig im Widerspruch zur Benachteiligung von SPD-Mitgliedern bei der Besetzung wichtiger Posten in Verwaltung und Polizei. So beklagte Otto Buchwitz, später Landesvorsitzender der SED in Sachsen, in einem Schreiben vom 23. September an Otto Grotewohl, Vorsitzender des ZA der SPD: „Die Personalpolitik

nur ein Reichsparteitag darüber entscheiden könne. Hinzu kam weiterhin, dass am 25. November 1945 bei den Wahlen in Österreich die Kommunisten nur enttäuschende 5% der Stimmen erhielten. Wenn nun keine Vereinigung mit den Sozialdemokraten zustande kam, war für die 1946 vorgesehenen Kommunal- und Landtagswahlen in der SBZ ein ähnlich deprimierendes Ergebnis für die KPD zu befürchten. Ende November forcierte daraufhin die KPD ihre Einheitskampagne. Auf Initiative der KPD trat am 20./21. Dezember eine gemeinsame Funktionärskonferenz („Erste Sechziger-Konferenz“) zusammen, an der von jeder Partei 34 Vertreter teilnahmen. Am ersten Verhandlungstag hatte Grotewohl abermals die Benachteiligung der Sozialdemokraten kritisiert, jedoch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten befürwortet, aber eine baldige Vereinigung ausgeschlossen. Am Abend war Grotewohl zu einer Aussprache in die SMAD einbestellt worden. Warum er

am nächsten zweiten Verhandlungstag wie ausgewechselt wirkte, darüber wird bis heute gerätselt und spekuliert, denn nach einträchtigem Verlauf der Beratung wurden dann zur allgemeinen Verwunderung gemeinsam allgemeine Prinzipien für eine zu bildende Einheitspartei in einer Entschließung fixiert.

Um die Sozialdemokraten gefälliger zu stimmen, hatte Anton Ackermann, ein führender KPD-Funktionär, im Auftrag des ZK der KPD im Februarheft der bereits ins Leben gerufenen gemeinsamen Zeitschrift „Einheit“ in einem Aufsatz einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ begründet, der sich vom sowjetischen Modell abheben sollte. Auf der „Zweiten Sechziger-Konferenz“, die am 26. Februar 1946 stattfand, wurden dann die Entwürfe für die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und für das Parteistatut angenommen. Beschlossen wurde außerdem das Procédure der Vereinigung beginnend auf lokaler Ebene über die Länder bis hin zum Vereinigungsparteitag in der SBZ. Zu keiner Vereinigung kam es in Berlin. Hier hatte eine Funktionärskonferenz der Berliner SPD am 1. März 1946 gegen den Zentralkomitee beschlossenen, eine Urabstimmung der Parteimitglieder über die Vereinigung entscheiden zu lassen. An der dann am 31. März durchgeführten Urabstimmung beteiligten sich 71,5% der Westberliner SPD-Mitglieder, im sowjetischen Sektor unterband die SMAD die Abstimmung. Auf die erste Frage „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?“ stimmten 82,2% dagegen, 12,4% sprachen sich dafür aus. Auf die zweite Frage „Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt?“ antworteten 61,7% mit Ja und 23,4% mit Nein.

### Am Ende: „Partei neuen Typs“

Die übergroße Mehrheit der SPD-Mitglieder, die in die vereinigte Partei mitgegangen waren, hatten das Gefühl, trotz aller Ärgernisse und Behinderungen doch das Richtige getan zu haben und die Lehren aus Faschismus und Krieg gezogen zu haben. Doch erlagen sie gleichzeitig einer Täuschung und Selbsttäuschung, in der Einheitspartei ihre eigenen Traditionen und Ziele bewahren und die SED entscheidend mitgestalten zu können. Als die SED bereits 1948/49 zu einer bolschewistischen „Partei neuen Typs“ umgeformt wurde, was eine Abkehr von den Beschlüssen des Vereinigungsparteitages bedeutete, sollten die gutgläubigen SPD-Mitglieder eines Besseren belehrt werden. Bis 1951 verließen dann auch etwa 350 Tausend ehemalige SPD-Mitglieder die SED wieder.

## kreisvorstand aktuell

Am 7. März fand im BürgerInnenbüro Mittweida, Weberstraße 30, die Beratung des Kreisvorstandes der mittelsächsischen LINKEN statt. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

- **Die Jugendarbeit im Landes- und Kreisverband.** Die angekündigten Vertreter des Landesvorstandes konnten an der Beratung wegen Erkrankung nicht teilnehmen. Den Tätigkeitsbericht zur Arbeit des Jugendverbandes [solid] im Bereich Geringswalde und Rochlitz gab **Robert Sobolewski**, auch Vorsitzender des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde der LINKEN. In der Diskussion wurde Robert Sobolewski für sein vielfältiges Engagement gedankt. Es wurde aber auch die Notwendigkeit bekräftigt, den Kreisverband der LINKEN für junge Leute attraktiver zu machen. Nach dem Jugend-Pfingstcamp des Landesverbandes der LINKEN wird ein Treffen mit jungen Mitgliedern des Kreisverbandes organisiert.
- **Die Auseinandersetzung mit der AfD.** Ausgehend von den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und den zu befürchtenden Erfolgen der AfD gelte es, die klaren inhaltlichen Positionen der LINKEN für eine offensive Auseinandersetzung mit der AfD zu nutzen. Die Ereignisse in Bautzen und Claußnitz haben die aktuellen politischen Verhältnisse in Sachsen klar zum Ausdruck gebracht. Der Kreisvorsitzende der LINKEN, **Falk Neubert** informierte über das Gespräch, welches er gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden **Rico Gebhardt** sowie MdL **Dr. Jana Pinka** mit dem Bürgermeister von Rechenberg-Bienenmühle, **Michael Funke** (parteilos) führte.
- **Erste Vorschläge des Landesvorstandes für das Wahl- und Aufstellungsverfahren der Landesliste für die Bundestagswahlen.** Zu diesem vorliegenden Material sowie zu einer ersten Zeitleiste der Vorbereitung der Bundestagswahlen im kommenden Jahr wurde im Vorstand Stellung genommen. Die Vorschläge werden mehrheitlich unterstützt.
- **Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019** wendet sich der Kreisvorstand mit der Bitte um konkrete Angaben zur vorgesehenen **Personalentwicklung** an die Vorsitzenden der Ortsverbände. Die rückgemeldeten Informationen werden im Kreisvorstand ausgewertet.

## In eigener Sache

Unsere aktiven Redaktionsmitglieder **Sabine Pester** und **Marika Tändler-Walenta** sehen beide Mutterfreuden entgegen. Sie werden sich in den kommenden Monaten deshalb anderen Aufgaben zu widmen haben. Dazu alles Gute!

## unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



im monat april 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

<b>Gunter Griesbach</b>	geb. am 01.04.1951,	in	Dorfchemnitz
<b>Liesbeth Uhlemann</b>	geb. am 01.04.1932,	in	Brand-Erbisdorf
<b>Manfred Schneider</b>	geb. am 02.04.1935,	in	Flöha
<b>Horst Esche</b>	geb. am 04.04.1933,	in	Lichtenau
<b>Rita Hillmann</b>	geb. am 04.04.1935,	in	Oederan
<b>Sighart Knobel</b>	geb. am 05.04.1941,	in	Hainichen
<b>Hannelore Salzmann</b>	geb. am 06.04.1934,	in	Freiberg
<b>Irene Drexler</b>	geb. am 06.04.1932,	in	Rochlitz
<b>Ingeborg Wolf</b>	geb. am 06.04.1930,	in	Freiberg
<b>Werner Winkler</b>	geb. am 09.04.1924,	in	Seelitz
<b>Hilda Preuß</b>	geb. am 10.04.1922,	in	Ostrau
<b>Else Börner</b>	geb. am 12.04.1925,	in	Flöha
<b>Ilse Hoppe</b>	geb. am 12.04.1924,	in	Penig
<b>Regina Kluge</b>	geb. am 13.04.1935,	in	Rechenberg-Bienenm.
<b>Rainer Tippmann</b>	geb. am 13.04.1941,	in	Freiberg
<b>Marie-Luise Richter</b>	geb. am 13.04.1930,	in	Erlau
<b>Rainer Delling</b>	geb. am 13.04.1936,	in	Flöha
<b>Rosemarie Schuster</b>	geb. am 14.04.1941,	in	Brand-Erbisdorf
<b>Edgar Kirsten</b>	geb. am 15.04.1934,	in	Waldheim
<b>Heinz Zimmermann</b>	geb. am 15.04.1927,	in	Freiberg
<b>Lothar Schmidt</b>	geb. am 15.04.1951,	in	Döbeln
<b>Dieter Friedrich</b>	geb. am 17.04.1936,	in	Penig
<b>Erna Kaltofen</b>	geb. am 17.04.1934,	in	Freiberg
<b>Rainer Flieher</b>	geb. am 19.04.1951,	in	Döbeln
<b>Horst Erler</b>	geb. am 19.04.1936,	in	Frauenstein
<b>Hannelore Tippmar</b>	geb. am 19.04.1946,	in	Hainichen
<b>Lore Münzner</b>	geb. am 20.04.1941,	in	Oederan
<b>Wilfried Höhn</b>	geb. am 20.04.1932,	in	Rochlitz
<b>Thea Meinikat</b>	geb. am 22.04.1932,	in	Penig
<b>Johannes Riedel</b>	geb. am 22.04.1934,	in	Brand-Erbisdorf
<b>Gerda Grzeskowiak</b>	geb. am 22.04.1920,	in	Brand-Erbisdorf
<b>Edith Starke</b>	geb. am 24.04.1941,	in	Mittweida

## jahrestage im april 2016

**16.04. 1886:** Ernst Thälmann (Vorsitzender der KPD) geboren.

**24. - 30.04. 1916:** Eine internationale Konferenz in Kienthal (Schweiz) berät über den Kampf zur Beendigung des Krieges.

**11.04. 1926:** Ein Memorandum der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur „Einheit der Arbeiterbewegung“ lehnt Aktionen mit den Kommunisten ab.

**10. - 13.04. 1936:** Vereinigung der Internationalen Freidenker-Union und der internationalen proletarischen Freidenker in Prag.

**06.04. 1941:** Überfall deutscher Truppen und ihrer Verbündeten auf Jugoslawien und Griechenland.

**21./22.04. 1946:** In Berlin vereinigen sich Delegierte der KPD und der SPD zur SED.

**10.04. 1956:** Der wegen „titoistischer und nationalistischer Abweichungen“ 1948 abgesetz-

te und inhaftierte ehemalige Generalsekretär der PVAP Wladislaw Gomulka wird öffentlich rehabilitiert.

**25.04.1986:** Zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis wird die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft abgeschlossen.

**01.04. 1991:** Der Präsident der Treuhandanstalt, Detlev Carsten Rohwedder, wird in seinem Haus in Düsseldorf Opfer eines Mordanschlages, zu dem sich die RAF bekennt.

**23.04. 1991:** Das Bundesverfassungsgericht erklärt die im deutsch-deutschen Einigungsvertrag erfolgte Anerkennung der Bodenreform für verfassungsgemäß. Ehemalige Besitzer haben damit keinen Anspruch auf Rückgabe.

**30.04. 1991:** In Zwickau läuft nach fast 35 Jahren der letzte Trabant vom Band. Insgesamt wurden 3 Millionen Personenwagen dieses Typs gebaut.

## terminübersicht

### märz 2016

18./19.03. Friedens- und entspannungspolitische Konferenz der LINKEN  
Konferenzgebäude am Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

### april 2016

04.04. 18 Uhr Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion für Stadt- und Gemeinderäte (s. Seite -7-)  
Gasthof „Weiße Taube“ Hainichen/OT Cunnersdorf

04.04. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte  
Bürgerbüro Freiberg, Domgasse 7

04.04. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

05.04. 15 Uhr Veranstaltung des Regionalverbandes des „Rotfuchs“ Freiberg zur historischen Bedeutung der Vereinigung von KPD und SPD mit Götz Dieckmann  
Gaststätte „Orgelpfeife“, Freiberg

16.04. 10 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann anlässlich seines 130. Geburtstages  
Ehrenmal Freiberg, Meißner Ring

20. bis 24.04. Frühlingsakademie der LINKEN am Werbellinsee

23.04. Großdemo in Hannover gegen TTIP und CETA anlässlich des Besuchs von USA-Präsident Obama

Untenstehendes Bild und den zugehörigen Leserbrief übermittelt uns Ruth Kretzer-Braun, Vorsitzende der LINKS-fraktion im Freiburger Stadtrat. Wir kommen ihrer Bitte um Veröffentlichung gern nach



### Unser Besuch in der Mineraliensammlung im Schloss von Freiberg

Wir sind im Jahre 2015 aus Eritrea nach Freiberg gekommen. Hier haben wir Deutschunterricht im Asylbewerberheim an der Chemnitzer Straße. Gemeinsam mit unserer Lehrerin (Ruth Kretzer-Braun, die Redaktion) und ihrem Mann besuchten wir am 29. Januar die Mineraliensammlung im Schloss. Dort trafen wir uns alle. Hier konnten wir viele sehr schöne Mineralien mit verschiedenen Farben ansehen. Manchmal waren es weiße, schwarze, gelbe, grüne, braune Mineralien. Sie lagen in großen Vitrinen mit Spiegeln. Sie wurden in verschiedenen Ländern gefunden: Afrika, Amerika, Europa, Asien. Wir sahen auch einige wenige aus Äthiopien. Gold und Silber sahen wir auch. Wir durften auch fotografieren. Nur aus Deutschland waren keine Steine zu sehen. Die finden wir im Krüger-Haus, sagte unsere Lehrerin. Das wollen wir auch noch besuchen.

Es war ein schöner Deutschunterricht. Herzlichen Dank!

Mhretu, Michael, Kifle, Bsrat, Melake, Hailes, Brhan, Yohannes, Essays, Kbrom



### Gewalt ist nie privat! – Ausstellungseröffnung im Sächsischen Landtag

Die Zusammenhänge zwischen Gleichstellung, Sexismus und Geschlechterstereotypen Gewalt gegen Frauen sowie Aktionen und Handlungsmöglichkeiten der Gleichstellungspolitik beleuchtet eine Wanderausstellung zum Thema „Sexismus: Nährboden für Häusliche Gewalt“, die am 11. März im Sächsischen Landtag eröffnet wurde. Die Exposition, die ab Mitte April in zahlreichen sächsischen Kommunen Station machen wird, entstand auf Initiative von **Dr. Cornelia Ernst**, Leiterin der Delegation DIE LINKE im Europaparlament (ganz links) und **Sarah Buddeberg**, sächsische Landtagsabgeordnete der Fraktion Die Linke und Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik der Fraktion. (2.v.li.). Weitere Podiumsgäste zur Ausstellungseröffnung: **MdB Horst Wehner** und **Magda Albrecht**, Aktivistin, politische Bildnerin und Bloggerin. Die beiden Politikerinnen machten deut-

lich, dass Gewalt gegen Frauen sowohl europaweit, als auch in Deutschland ein erhebliches Ausmaß annimmt: Jede dritte Frau in Europa hat schon einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren, jede vierte Frau in Deutschland zwischen 16 und 85 Jahren wurde bereits einmal körperlich und/oder sexuell durch eine/n (Ex-) PartnerIn misshandelt. Linke Forderungen an Politik und Gesellschaft sind deshalb u. a. Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen als Verletzung der Grundrechte anzuerkennen und als solche auch zu behandeln sowie ausreichend Mittel zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt zur Verfügung zu stellen. In Sachsen schließt das vor allem die finanzielle Sicherung und eine deutliche Aufstockung der Platzkapazitäten in Opferschutzeinrichtungen sowie die Einrichtung weiterer TäterInnenberatungsstellen ein, denn noch immer ist deren Finanzierung keine kommunale Pflichtanforderung. (ku)

**Personalmangel  
im Krankenhaus  
gefährdet  
Ihre Gesundheit.**

Mehr Personal  
für Bildung, Pflege  
und Gesundheit!

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:

Gertraud Franiel aus Hainichen  
Heinz Koch aus Freiberg

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.